

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

94. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. Februar 2003, 10:00 Uhr,  
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Ursula Kähler (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Holger Astrup

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Vergleichsvorschlag des Landgerichts Kiel im Amtshaftungsprozess der Kernkraftwerk Krümmel GmbH gegen das Land Schleswig-Holstein</b>	<b>5</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2874  (Fortsetzung der Beratung vom 6. Februar 2003)	
<b>2. Briefversand Amtsgericht Ahrensburg</b>	<b>6</b>
<b>3. Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in Schleswig-Holstein</b>	<b>7</b>
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/2988	
<b>4. DV-Projekt Automatisierte Liegenschaftskarte</b>	<b>8</b>
Vorlage des Innenministeriums Umdruck 15/3006	
<b>5. Überplanmäßige Ausgabe für die Förderung von Kindertagesstätten im IV. Quartal 2002</b>	<b>9</b>
Vorlage des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz Umdruck 15/3007	
<b>6. Kunsthalle der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel</b>	<b>11</b>
Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Umdruck 15/3004	
<b>7. Veräußerung der Landesliegenschaft ehemalige Straßenmeisterei Bad Schwartau, Pohnsdorfer Straße 3, 23611 Bad Schwartau</b>	<b>12</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/2875	
<b>8. Personallage der Steuerverwaltung</b>	<b>13</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/3005	

<b>9. Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, zur Verselbstständigung der Investitionsbank und zur Verwaltung der Landesliegenschaften</b>	<b>13</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/2448	
<b>10. Norddeutscher Rundfunk</b>	<b>15</b>
Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs Umdruck 15/3035	
<b>11. Internetplattform für das Land Schleswig-Holstein</b>	<b>16</b>
Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Umdruck 15/3009	
<b>12. Verschiedenes</b>	<b>17</b>

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Vergleichsvorschlag des Landgerichts Kiel im Amtshaftungsprozess der Kernkraftwerk Krümmel GmbH gegen das Land Schleswig-Holstein**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/2874

(Fortsetzung der Beratung vom 6. Februar 2003)

Auf eine Frage von Abg. Wiegard erwidert St Voigt, der Richter habe am 12. November 2002 einen Vergleichsvorschlag unterbreitet und den Parteien eine Frist zur Stellungnahme von vier Wochen eingeräumt. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Nachschiebeliste im Kabinett am 21. November 2002 sei eine Befassung des Kabinetts mit dem in der Prüfung durch die Abteilung Reaktorsicherheit befindlichen Fall nicht möglich gewesen. Nachdem das Gericht eine Fristverlängerung bis zum 10. Februar 2003 gewährt habe, hätten sich das Kabinett am 28. Januar und der Finanzausschuss am 6. Februar 2003 mit dem Fall befasst und man habe am 7. Februar 2003 gegenüber dem Gericht die Annahme des Vergleichsvorschlages erklärt.

Abg. Wiegard wiederholt seine Kritik, dass ein so gravierender Fall nicht Eingang in die laufenden Haushaltberatungen am Jahresende gefunden habe, was in anderen Bereichen, zum Beispiel bei der Werftenhilfe, möglich gewesen sei.

Auf eine weitere Frage von Abg. Wiegard erklärt St Voigt, es seien keine Prozesse anhängig, die das Land verlieren könnte.

Auch St Döring äußert unter Hinweis auf eine entsprechende Kleine Anfrage von Abg. Eichelberg, innerhalb der Landesregierung gebe es keine weiteren Prozessrisiken in dieser Größenordnung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Briefversand Amtsgericht Ahrensburg**

M Lütke - unterstützt von St Döring - stellt klar, dass es sich bei den bekannt gewordenen Problemen mit dem Briefporto am Amtsgericht Ahrensburg um einen Einzelfall handle, der nichts damit zu tun habe, dass nicht genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stünden, sondern einen Mangel im Verwaltungsablauf offenbare, der jetzt behoben werde (Stichwort „Teleporto“).

Abg. Arp beklagt, dass die Berichterstattung in der Presse über solche Vorgänge dem Ansehen der Justiz im Lande schade.

Die Vorsitzende verweist auf die Verantwortung des Landgerichtspräsidenten.

Abg. Wiegard beklagt, an ihn seien in der Vergangenheit mehrere Vorkommnisse dieser Art herangetragen worden und er sehe in dem in Rede stehenden Vorgang nur „die Spitze des Eisberges“. Er regt an, sich mit der Verwaltungspraxis im Rahmen der Diskussion über die Budgetierung weiter zu beschäftigen.

Abg. Heinold äußert, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze die Landesregierung ausdrücklich, auf dem Weg der Verwaltungsmodernisierung mutig voranzuschreiten und alte Zöpfe abzuschneiden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität in Schleswig-Holstein**

Vorlage des Innenministeriums

Umdruck 15/2988

Der Ausschuss vertagt die Beratung und erbittet eine Stellungnahme des Finanzministeriums und des Rechnungshofs zu der nur mit dem Justizministerium abgestimmten Vorlage des Innenministeriums.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**DV-Projekt Automatisierte Liegenschaftskarte**

Vorlage des Innenministeriums  
Umdruck 15/3006

Auf Fragen von Abg. Neugebauer und Abg. Wiegard erwidert Herr Schlüter, der Rückgang der Einnahmen resultiere aus einem Rückgang der Zahlungen der Schleswig ab 2002, die bis dahin vorgezogene Zahlungen geleistet habe. Von den Gesamtkosten in Höhe von 51 Millionen € entfielen 17 Millionen € auf die Kommunen, die für das Nutzungsrecht in den nächsten fünf Jahren im Rahmen des Kommunalen Investitionsfonds jährlich einen Betrag von 3,5 Millionen € zahlten. Der Prozess der landesweiten Digitalisierung werde im Jahr 2005 abgeschlossen sein; damit betrautes Personal werde jetzt, in der Schlussphase, bereits teilweise zurückgeführt.

Auf eine Frage von Abg. Arp zur zukünftigen Organisation der Katasterverwaltung teilt St Döring mit, die Landesregierung wünsche auch in diesem Bereich eine Kooperation mit Hamburg.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.



Punkt 5 der Tagesordnung:

**Überplanmäßige Ausgabe für die Förderung von Kindertagesstätten im IV. Quartal 2002**

Vorlage des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Umdruck 15/3007

Auf Fragen von Abg. Dr. Garg und Abg. Wiegard teilt AL Deußler mit, die im Rahmen durch zwei Mitarbeiterinnen ihrer Abteilung in allen Kreisen und kreisfreien Städten vorgenommener Prüfungen, ob der Personalkostenerstattungserlass des Landes aus dem Jahr 1993 eingehalten werde, gewonnenen Erkenntnisse hätten das Ministerium zu einigen Klarstellungen gegenüber den Kreisen und kreisfreien Städten veranlasst. Man gehe davon aus, dass die Haushaltsmittel 2003, die gegenüber dem Vorjahr um 3 Millionen € aufgestockt worden seien, ausreichen.

Abg. Dr. Garg bittet das Ministerium, dem Ausschuss die Ergebnisse der Prüfung zugänglich zu machen und die Thematik auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Abg. Heinold möchte wissen, welche Stelle die sachgerechte Verwendung der vom Land für die Beschäftigung des pädagogischen Personals gewährten Mittel prüfe.

AL Deußler äußert, inwieweit die Kreise die Verwendung der Mittel vor Ort prüften, entziehe sich ihrer Kenntnis. Das Land könne nur prüfen, in welcher Weise die Verwendung des Zuschusses des Landes zu den Kosten des pädagogischen Personals den Richtlinien entspreche.

Abg. Dr. Garg bemerkt, er habe Probleme mit der Begründung für die in Rede stehende überplanmäßige Ausgabe. Die Mehrausgaben im Kindertagesstättenbereich seien für ihn keineswegs überraschend und unvorhergesehen.

VP Qualen weist darauf hin, dass der Haushaltsansatz von 2001 auf 2002 trotz der Steigerung der Personalkosten und des weiteren Ausbaus von Kindertagesstätten überrollt worden sei.

Die Vorsitzende, Abg. Herdejürgen und Abg. Heinold machen darauf aufmerksam, dass ein derart nachfrageabhängiger Bereich schwer kalkulierbar sei und das bisherige System durch die vorgesehene Umstellung auf eine kindbezogene Förderung transparenter gemacht werden solle.

Der Ausschuss wird die Thematik wieder aufgreifen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Kunsthalle der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel**

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur  
Umdruck 15/3004

Auf Vorschlag von Abg. Heinold fordert der Ausschuss die Landesregierung auf, den Ausschuss zu einer der nächsten Sitzungen über die Vorstellungen der Landesregierung zur zukünftigen Konzeption der Kunsthalle schriftlich zu unterrichten.

Abg. Neugebauer - unterstützt von Abg. Spoorendonk - bittet darum, in diesem Zusammenhang auch der Frage nachzugehen, inwieweit Werke jüdischer Künstlerinnen und Künstler aus heutiger Sicht widerrechtlich in den Besitz der Universität gelangt seien, der Ausschuss darum, ihm den Text des Ende 1938/Anfang 1939 geschlossenen Vertrages zugänglich zu machen.

RL Dr. von Randow äußert, die Landesregierung wolle auf der guten Kooperation zwischen Kunstverein und CAU aufbauen und diese Tradition nicht beschädigen. Die Frage der Rückführung jüdischen Eigentums werde auch auf Bundesebene forciert.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Veräußerung der Landesliegenschaft ehemalige Straßenmeisterei Bad  
Schwartau, Pohnsdorfer Straße 3, 23611 Bad Schwartau**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/2875

Einstimmig willigt der Ausschuss in die Veräußerung der Liegenschaft ein.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Personallage der Steuerverwaltung**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/3005

Auf Fragen aus dem Ausschuss räumt St Döring ein, den größten Anteil von Stellen im einfachen Dienst gebe es in der Steuerverwaltung. Es müsse vorrangig um die Beförderung im Eingangsbereich des mittleren Dienstes gehen (von A6 nach A7). Allerdings lasse das äußerst knapp bemessene Personalbudget auch in diesem Jahr Beförderungen in der Einnahmeverwaltung des Landes in nennenswertem Umfang kaum zu. Der Finanzminister befinde sich in der Zwickmühle zwischen Steuerminister und Haushaltsminister. Mit Blick auf die Zukunft der Einnahmeverwaltung müsse die Ausbildung und die Übernahme der Auszubildenden oberste Priorität haben.

Abg. Neugebauer und Abg. Heinold äußern sich frustriert über die Beförderungssituation in der Steuerverwaltung und kündigen strukturelle Verbesserungen in diesem Bereich im Rahmen des bevorstehenden Doppelhaushalts 2004/2005 an.

Abg. Arp problematisiert vor dem Hintergrund der Beförderungssituation in der Steuerverwaltung die Frage der Attraktivität des Berufszweiges und Rekrutierung von Nachwuchs.

VP Qualen wiederholt das Petitum des Rechnungshofs, die Personalsituation der Einnahmeverwaltung des Landes - möglicherweise auch zulasten anderer Einzelpläne - stärker als bisher nachhaltig zu verbessern.

Der Finanzausschuss bekräftigt abermals seine Haltung, den Finanzminister zu unterstützen, die Personallage der Steuerverwaltung tatsächlich zu verbessern und insbesondere Beförderungen bei den unteren Gehaltsgruppen vorzunehmen. Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Abg. Wiegard, ihm im Rahmen der bevorstehenden Anpassung der Beamtenbesoldung einen konkreten Vorschlag zur Verbesserung der Beförderungssituation in der Steuerverwaltung zu unterbreiten.



Punkt 9 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, zur Verselbstständigung der Investitionsbank und zur Verwaltung der Landesliegenschaften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/2448

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den Finanzausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss verständigt sich auf folgendes Beratungsverfahren: Gemeinsam mit dem beteiligten Innen- und Rechtsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss will der Finanzausschuss in der nächsten Sitzung, am 27. März 2003, mit dem Vorstand und Personalrat der Landesbank sowie dem Sparkassen- und Giroverband den Komplex „Neustrukturierung der Landesbank“ beraten, am 24. April gemeinsam mit der Geschäftsführung und dem Personalrat der Investitionsbank, den kommunalen Landesverbänden, der Bürgschaftsbank und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein den Komplex „Verselbstständigung der Investitionsbank“ und am 22. Mai gemeinsam mit der Geschäftsführung und dem Personalrat der GMSH sowie der Beteiligungsgesellschaft des Landes den Komplex „Verwaltung der Landesliegenschaften“. Fragen zum Gesetzentwurf der Landesregierung sollen die Fraktionen bis spätestens 20. März 2003 schriftlich einreichen. Der Gesetzentwurf soll vom Landtag in der Mai- oder Juni-Tagung in zweiter Lesung verabschiedet werden.

Ferner ändert der Finanzausschuss die Terminplanung bis zu den Sommerferien wie folgt: Finanzausschusssitzungen finden statt - jeweils donnerstags, 10 Uhr - am

- 27. März (möglicherweise ganztags)
- 9. bis 11. April (Ausschussreise nach Luxemburg)
- 24. April (möglicherweise ganztags)
- 22. Mai (möglicherweise ganztags)
- 5. Juni
- 12. Juni.

Die im Terminplan ausgewiesene Sitzung des Finanzausschusses am 17. April findet nicht statt.



Punkt 10 der Tagesordnung:

**Norddeutscher Rundfunk**

Vorlage des Präsidenten des Landesrechnungshofs  
Umdruck 15/3035

Die Vorlage wird zur Beratung an die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ überwiesen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Internetplattform für das Land Schleswig-Holstein**

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr  
Umdruck 15/3009

Die Abgeordneten Wiegard, Arp und Spoorendonk machen inhaltliche Bedenken geltend und erklären, sie würden der Vorlage nicht zustimmen.

VP Qualen weist darauf hin, es sei haushaltsrechtlich nicht möglich, über eine Ergänzung der Erläuterungen bei einem 5er-Titel nachträglich eine institutionelle Förderung zu beschließen.

Auf eine Frage von Abg. Neugebauer teilt AL Badekow mit, Gesellschafter seien Sparkassen, Landesbank und Provinzial; die institutionelle Förderung sei bis Ende 2005 vorgesehen.

Nach kurzer Diskussion räumt St Döring ein, dass eine entsprechende Erweiterung der Erläuterungen haushaltsrechtlich nicht korrekt wäre, und zieht die Vorlage seitens der Landesregierung vor dem Hintergrund zurück, dass der Ausschuss eine institutionelle Förderung aus dem in Rede stehenden Haushaltstitel nicht stillschweigend akzeptiere.

Punkt 12 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Abg. Wiegard bittet die Landesregierung zur nächsten Sitzung, am 27. März 2003, um einen Bericht über den Stand der Neuorganisation der **Oberfinanzdirektion** und der **Landesbezirkskassen** sowie über die finanziellen Auswirkungen der **Regierungs-umbildung** im Bereich der Staatssekretäre und Minister.
- b) Auf eine Frage von Abg. Neugebauer zur Thematik **Norderfriedrichskoog** teilt St Döring mit, bedauerlicherweise zeichne sich ab, dass es keine bundeseinheitliche Lösung, sondern den Auftrag an den Landesgesetzgeber geben werde, Regelungen über eine Mindestgewerbsteuer zu treffen, was zur Folge hätte, dass Unternehmen ihren Sitz in strukturschwache Gegenden verlagerten, in denen sie keine oder nur eine sehr geringe Gewerbesteuer zahlen müssten.

Die Vorsitzende bemerkt, die Haltung des Bundes in dieser Frage sei ungeheuerlich.

Der Ausschuss greift das Angebot von St Döring auf, sich im April 2003 einen Sachstandsbericht zur **Gemeindefinanzreform** geben zu lassen.

- c) Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg zum Verkauf des **Kieler Schlosses** teilt St Döring mit, der GMSH lägen zwei Angebote für den Verkauf der gesamten Liegenschaft und ein Teilangebot vor, die jetzt zwischen GMSH und Bietern im Detail erörtert würden.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 12:20 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer